für die Ortsgemeinde Kemmenau

AZ: 3 / 611-12 / 13

13 DS 17/ 0021

Sachbearbeiter: Herr Heinz

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Kemmenau	öffentlich	

**Bauantrag für ein Vorhaben in Kemmenau, Im Kirschengarten 17
Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage, hier: Antrag auf Befreiung****Fristablauf gemäß § 36 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) am: 16. März 2025****Hinweis:**

Auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung (GemO) über Ausschließungsgründe wird hingewiesen. Alle Beteiligten werden gebeten, (gegebenenfalls) vorliegende Ausschließungsgründe mitzuteilen.

Sachverhalt:

Geplant ist die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage in Kemmenau, Im Kirschengarten 17, Flur 11, Flurstück 16/11.

Der Bauherr plant die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (ca. 1,76 m x 34,50 m) im südlichen (rückwärtigen) Grundstücksbereich. Die PV-Anlage soll aufgeständert in einem Winkel von 25° errichtet werden. Die maximale Höhe über dem Gelände liegt bei ca. 0,90 m.

Gemäß der Festsetzung des Bebauungsplans sind Nebenanlagen (i. S. des § 14 BauNVO - u.a. Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien) unzulässig. Aus Sicht des Antragstellers fügt sich die PV-Anlage unauffällig in das vorhandene Gelände ein und ist zudem ein geeignetes Mittel gegen den Klimawandel sowie zur Senkung des eigenen CO₂-Fußabdruckes. Der Bauherr stellt daher einen Antrag auf Befreiung der o.a. Festsetzung des Bebauungsplans.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes „Im Kirschengarten – In der Futterwiese“ der Ortsgemeinde Kemmenau, so dass sich die Zulässigkeit nach § 30 Baugesetzbuch (BauGB) ergibt. Hiernach ist ein Vorhaben zulässig, wenn es diesen Festsetzungen nicht widerspricht und die Erschließung gesichert ist.

Gemäß § 31 Abs. 2 BauGB kann von den Festsetzungen des Bebauungsplans befreit werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, die Abweichung städtebaulich vertretbar ist und wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Dem Antrag kann zugestimmt werden, da das Vorhaben auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist und eine Beeinträchtigung der näheren Umgebung nicht zu erwarten ist. Die bauordnungsrechtliche Prüfung obliegt der Bauaufsichtsbehörde (KV) sowie den zu beteiligenden Fachbehörden.

Über die Zulässigkeit eines Vorhabens entscheidet die Bauaufsichtsbehörde (Kreisverwaltung) im Einvernehmen mit der Ortsgemeinde. Gemäß § 36 BauGB gilt das Einvernehmen der Ortsgemeinde Kemmenau als erteilt, wenn nicht bis zum 16. März 2025 widersprochen wird

Beschlussvorschlag:

Die Ortsgemeinde Kemmenau stellt das Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zu der beantragten Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage in Kemmenau, Im Kirschengarten 17, Flur 11, Flurstück 16/11 her.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister